

Federf. : CDU-Ratsfraktionf

Vorlage für den	Berichterstatter	Sitzung am	Punkt
Stadtplanungs- und Bauausschuss		15.09.2005	

öffentliche Sitzung

Betrifft:

Antrag nach § 7 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Gladbeck und seine Ausschüsse

hier: Antrag der CDU-Ratsfraktion

Bericht der Verwaltung: "Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs"

Begründung:

(ggf. zusätzlich)

Sehr geehrter Herr Fischbach,

im Namen der CDU-Ratsfraktion beantrage ich für die Sitzung des Stadtplanungs- und Bauausschusses Stadt Gladbeck am 15. September 2005 den Punkt

Bericht des Verwaltung: „Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs“

in die Tagesordnung aufzunehmen.

Begründung:

Die Rahmenbedingungen für die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs haben sich entscheidend verschlechtert und werden sich in näherer Zukunft weiter verschlechtern.

So hat der Kreistag in seiner Sitzung am 27. Juni 2005 u.a. folgende Beschlüsse gefasst:

Der Kreistag fordert die Verwaltung auf, Vorschläge zur Modifizierung des Systematik der Berechnung der ÖPNV-Umlage mit dem Ziel zu entwickeln, die finanzielle Verantwortung der kreisangehörigen Städte für die ÖPNV-Umlage zu erhöhen. Bisher werden die vom Kreis Recklinghausen für das jeweilige Haushaltsjahr für den öffentlichen Personennahverkehr einschließlich Schienpersonennahverkehr geplanten Aufwendungen zu 50% über die Kreisumlage und zu 50% über die ÖPNV-Umlage finanziert. Da der Umfang des ÖPNV-Leistungsangebotes in den kreisangehörigen Städten in erster Linie durch die jeweilige kreisangehörige Stadt bestimmt wird, muss auch über eine stärkere Koppelung der finanziellen Auswirkungen an das Leistungsangebot nachgedacht werden.

Der Kreistag bietet den kreisangehörigen Städten an, unabhängig von der Fortschreibung des Nahverkehrsplans, gemeinsam mit den jeweils betroffenen Verkehrsunternehmen zu prüfen, ob ÖPNV-Leistungen kurzfristig zurückgenommen werden können.

Mitzeichnungen				
Bürgermeister	Erster Beigeordneter:	Beigeordneter/ Stadtkämmerer:	Beigeordneter/ Stadtbaurat:	Rechtsamt:
Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____

Zahl der erforderlichen Protokollauszüge: _____

Der Kreistag sieht die Notwendigkeit, die ÖPNV-Umlage so zu ändern, dass für die Städte eine höhere Belastung entsteht, die ein überdurchschnittliches ÖPNV-Leistungsangebot haben bzw. deren ÖPNV-Angebot überdurchschnittlich teuer ist.

Der Vestischen sollen von den kreisangehörigen Städten bereits bis zum 01. Oktober 2005 mögliche Einsparmöglichkeiten für Verkehrslinien vorgeschlagen werden.

Einen Beschlussentwurf behalten wir uns vor.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Zeller
Sprecher der CDU-Fraktion im
Stadtplanungs- und Bauausschuss der Stadt Gladbeck

Beschlussentwurf:

In der Sitzung des

☒ _____-Ausschusses

☒ Rates

☒ Haupt- und Finanzausschusses

am _____ (nicht - öffentlicher Teil) wurde wie folgt beschlossen: